



Läuft alles nach Plan, steht 2021 auf dem Areal des Klärwerks in der Muhlau eine Klärschlammverbrennungsanlage, in der der gesamte Schlamm aus dem Kreis Altenkirchen verfeuert werden soll.

Foto: SZ-Archiv

Wehe, wenn's riecht

WALLMENROTH/SCHUEERFELD Klärschlammverbrennung: Rat Scheuerfeld bohrte nach

Kommunalpolitiker gaben sich kritisch: Warum die Erfahrungen nicht andere machen lassen?

dach ■ Dass ein Gemeinderat zum Hausbesuch antritt, kommt selten vor. Gestern aber hielt es das Gremium aus Scheuerfeld für angebracht. Gemeinsam mit dem Bauausschuss stattete man dem Klärwerk in der Muhlau einen Besuch ab. Hier standen Betriebsleiter Rüdiger Schneider und Werkleiter Jürgen Arndt bereit, um den Rat über das geplante Projekt der Klärschlammverbrennung bzw. über dessen aktuellen Stand zu informieren.

Wie berichtet, ändert sich hier die Gesetzeslage. Ab 2029 bzw. 2032 darf der Schlamm, das „Endprodukt“ der Abwasserklärung, nicht mehr in die Landwirtschaft ausgebracht werden. Anlagen einer bestimmtem Größenordnung müssen dann dafür sorgen, dass der Schlamm verbrannt wird. Dies gilt eben auch für die Muhlau, so Arndt. Daher plane man eine Verbrennungsanlage am Standort, in der die „Restbestände“ aller Kläranlagen im AK-Land den Flammentod sterben sollen. Dazu soll im Frühsommer eine eigene GmbH aus der Taufe gehoben werden.

Es entwickelte sich zügig ein munteres Frage-Antwort-Spiel zwischen einzelnen, durchaus kritischen Ratsmitgliedern und den Experten. Man setze – Stand heute – auf einen sogenannten Drehrohrkessel für die Verbrennung, wie zu erfahren war. Allerdings: Bislang würden solche Geräte nicht mit Klärschlamm gespeist, es habe lediglich an einem Ort eine dreimonatigen Testphase gegeben.

Daher plane man, die Ausschreibung zum Bau einer solchen Anlage im wettbewerblichen Dialog anzugehen: Die GmbH werde quasi den Input (ca. 9300 Tonnen Schlamm pro Jahr) vorgeben – außerdem das, was man sich als Output vorstelle (Asche, Filterstaub). Wie die Firmen dies umsetzen, sei ihnen überlassen.

Klaus Bürschel (SPD) schwante bereits Böses, erinnerte er doch an den jüngsten Brückenbau und die vielen Restriktionen in Sachen Umweltschutz. Das Gelände des Klärwerks gehöre nicht zum Naturschutzgebiet Muhlau, klärte Arndt auf. Selbstredend müssten Gutachten in puncto Abgase erstellt werden. Hier spiele die Natur, Stichwort: Graureiherkolonie, aber sehr wohl eine Rolle, so Betriebsleiter Schmidt.

Scheuerfelds Beigeordneter Matthias Schmidt führte an, dass es in Deutschland 23 Klärschlammverbrennungsanlagen gebe (mit anderen technischen Verfahren). „Und bei jeder zweiten gibt es eine Bürgerinitiative, die dagegen ist.“ In Wall-

menroth wolle man auf die neueste Filtertechnik setzen, hielt Arndt dagegen.

Er frage sich, so Justus Brühl (CDU), warum man bereits 2021 in die Verbrennung einsteigen wolle, wo doch noch bis zum Ende des Jahrzehnts Zeit bleibe. Matthias Schmidt: „Lassen wir doch die Erfahrungen erst mal andere machen.“ Jeder Monat ohne eigene Verbrennung koste richtig Geld, so Arndt. Derzeit werde alleine für den Schlamm aus der Muhlau (3000 Tonnen) über 200 000 Euro pro Jahr ausgegeben. Arndt: „Und die Preise explodieren.“ Die Verbrennungsanlage ist derweil auf 5 bis 6 Mill. Euro taxiert.

Bürschel hätte sich indes gewünscht, dass die Räte mehr in die Entscheidungen eingebunden worden wären. Er beschrieb zudem, wie oftmals der Wind aus Richtung Wallmenroth über die Sieg nach Scheuerfeld wehe. „Und wehe, wenn es da eine Geruchsbelastung gibt...“, ließ er seiner Fantasie freien Lauf.

Johann Tamme (FWG) war insgesamt überaus skeptisch während der Ausführungen und fragte schließlich, ob geplant sei, eine Messstation in Sachen Abgase an einem sinnvollen Punkt zu installieren, etwa über der Sieg. Das könne zur Akzeptanz einer solchen Anlage in der Bevölkerung, mit der es bislang nicht sehr weit her sei, beitragen. Das sei, so Werkleiter Arndt, bisher nicht geplant, „aber das ist eine richtig gute Idee“.